

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierjährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungssatz St. 8482.

Anzeigenpreis:
50 M. für die 3. Geplatt.
Vollstelle.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 33815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von C. A. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Amerikanische und deutsche Praktiken.

Nordamerika erfreut sich einer prächtigen Wirtschaftslüfte. Dass diese auf gesunder Grundlage beruhen muss, lässt schon das steile Steigen der Sparäusseneinlagen erkennen. Sie sind in den letzten sieben Jahren von 100 auf 1400 Millionen Dollar emporgeschossen, eine Summe, die fast ausschließlich die Ersparnis der arbeitenden Schichten darstellt und worin sich eine erhebliche Zunahme des Wohlstandes der Volksmasse ausdrückt. Ein solcher Hochgang wäre freilich nicht möglich gewesen, wenn sich nicht das Verhältnis des Lohnes zum Stande der Warenpreise andauernd verbessert hätte. In welchem Maße dies geschehen ist, erhellt die Gegenüberstellung der amtlichen Messzahlen von 1920 bis 1924. Nimmt man den allgemeinen Lohnsatz und den allgemeinen Preisstand von 1913 mit 100 an, so betrug der

Jahr	Lohnsatz	Preisstand
1920	199	286
1924	228	150

Demnach ist in diesen fünf Jahren allein der Lohnsatz um 29 v. H. gestiegen, und gleichzeitig sind die Preise um 76 v. H. gesunken. Die ganze Größe der Wohlstandssteigerung, die aus diesen Zahlen spricht, vermag man erst zu ermessen, wenn man sie mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse Europas vergleicht.

Die Frage nach den Ursachen des beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs Nordamerikas ist unzählige Male gestellt und recht verschieden beantwortet worden. Der Drang nach einer stützhaften Antwort trug die beiden englischen Ingenieure Bertram Austin und Francis Lloyd in die Neue Welt. Das Ergebnis ihres zweijährigen Studiums haben sie in einem Buche über "Das Geheimnis der hohen Löhne" (The Secret of High Wages, London 1926) zusammengefaßt. Beim Lesen des Buches wird es einem begreiflich, warum es in britischen Unternehmertümern so starkes Aufsehen erregt. Sein Inhalt verdient auch den europäischen Arbeitern bekannt zu werden. Denn diese Darlegung der amerikanischen Wirtschaftslüfte zeigt zum ersten, wo zur Besserung unserer Not die Hebel angelegt werden müssen, zum anderen, wie überaus leicht und vereinfacht selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus Lohnrückerober und Preistreiberei sind.

Auch die beiden Verfasser haben die Frage geprüft, ob Nordamerika Europa gegenüber natürliche Vorteile voran habe, die als Ursachen der beträchtlichen Wohlstandssteigerung gelten könnten. Sie verneinen dies. Sie erklären, daß, wenn die Gestaltungskosten der Industriewaren genügend niedrig seien, jedem Lande die Erreichung einer hohen Wirtschaftslüfte möglich wäre, selbst wenn das Land mit seiner Rohstoffversorgung ganz von der Außenwelt abhinge. Das nämliche lasse sich von dem ausgedehnten Innenmarkt sagen, der oft als natürlicher Vorteil gepriesen werde. Dessen Ausdehnung gebe mit der Lohnsteigerung Hand in Hand. Der aufnahmefähige Innenmarkt sei keine Ursache, sondern die Folgewirkung der Wirtschaftslüfte.

Wenn nun aber Nordamerika natürliche Vorteile nicht voraus hat, woher kommt ihm dann seine wirtschaftliche Überlegenheit? Wodurch wird seine Industrie instand gesetzt, immer höhere Löhne zu zahlen und immer billiger zu produzieren? Hören wir nun, zu welchen Schlüssen die beiden englischen Fachleute nach mehrjähriger Untersuchung gekommen sind. Um es gleich zu sagen, sie befürworten in mehr als einer Hinsicht die Kritik der europäischen Gewerkschafter an der Wirtschafts- und Betriebspolitik des Unternehmertums.

Zunächst erklären die beiden Ingenieure, ein erheblicher Nutzen entspringe der amerikanischen Industrie aus dem strengen Festschaffen an dem Grundsatz, daß die Beförderung im Betrieb nur nach Verdienst und Fähigkeit geschehe. Dem Geringsten steht der Weg zur höchsten Stelle ganz offen. Eine künstliche Trennungslinie zwischen Beamten und Handarbeitern gibt es nicht. Die Einteilung in Kopf- und Handarbeiter wird für überlebt gehalten. Der Mann, der die Maschine bedient, hat hier in steigendem Maße nötig. Aber nicht bloß die Gleichstellung der Arbeiter und Beamten in Bewertung und Aussichtsmöglichkeit erweise sich als nutzbringend, sondern auch die Beziehung von Beträtern, indem den Arbeitern Einblick in die Geschäftsführung gewährt werde. Gewiß könnte Schaden entstehen, wenn man die Arbeiter die Höhe des Gewinnes wissen lasse, aber man habe herausgefunden, daß es noch schädlicher sei, wenn man den Arbeitern den finanziellen Stand des Geschäftes verborge.

Das soeben Gesagte wird unseren Unternehmern ganz spanisch vorkommen, und das, was jetzt gleich angeführt wird, dürfte ihnen als reine Narretei scheinen, nämlich der Aufbau von Neuerungen, Modellen und Zeichnungen zwischen konkurrierenden Firmen. Wenn, um das an einem Beispiel klar zu machen, von zwei Maschinenfabriken die eine eine neue Maschine hergestellt hat, kaufst die andere gleich eine davon und ersucht um Zustellung der Zeichnungen, was ohne weiteres geschieht. Die Ingenieure der letzteren Fabrik kommen, um Herstellungswise, Leistung und andere Einzelheiten der Maschine zu studieren. Hieraus entstehen Verbesserungen, Verbilligung, eine Ausdehnung des Absatzes,

wovon beide Wettbewerber profitieren. Ferner gibt man nichts auf die Hochhaltung der Preise, weil sie, wie die Erfahrung gezeigt, zur Vernichtung der Initiative, und damit zur Verminderung der Leistungsfähigkeit führt.

Pensionskassen der Arbeitgeber in der Praxis.

Wohl seit Bestehen der fortschrittlichen Arbeiterorganisationen stehen die von den Arbeitgebern auf verschiedenen Grundlagen aufgebauten Wohlfahrtsseinrichtungen zur Diskussion. Mit dem Ausbruch des Krieges konnte das Thema als abgeschlossen betrachtet werden. In der Nachkriegszeit ist besonders die Frage der Pensionskassen weniger in den Vordergrund getreten als vorher. Maßgebend waren in erster Linie außerbetriebliche Einflüsse. Wenn die Arbeiterorganisationen sich mit den Wohlfahrtsseinrichtungen der Arbeitgeber kritisch beschäftigen, so war und ist hierfür Ausgangspunkt die Erkenntnis, daß nur ein Arbeitsvertrag, aufgebaut auf völliger Gleichberechtigung, für den Arbeitnehmer die Gewalt biete, vor unsicheren Entwicklungen sicher zu sein. Wohl gibt es Unternehmungen, bei denen die Wohlfahrtsseinrichtungen, und ganz besonders die Pensionskassen, der Mitverwaltung der Arbeitnehmer unterstellt sind; trotzdem beruhen auch diese Einrichtungen nicht auf vertraglichem Rechte. Bei unserer Kritik und Ablehnung der Pensionskassen ist der Gedanke maßgebend, daß bei der Gründung von Pensionskassen und Gewährung von Leistungen in den wenigsten Fällen das sozial-ethische Moment ausschlaggebend war und ist. Vielmehr sind in den meisten Fällen rein materialistisch-egoistische Ziele Ursache zur Gründung von Pensionskassen. In der Vorkriegszeit waren Wohlfahrtsseinrichtungen und gelebte Werksgemeinschaften in vielen Fällen ein gleichbedeutender Begriff geworden. Das Versprechen auf Gewährung einer Pension ist sehr oft gleichbedeutend mit Friedenspflicht seitens des Arbeitnehmers. Eine volle Ausnutzung sowohl der Koalitionsfreiheit als auch des gewerblichen und bürgerlichen Rechts ist dem Arbeiter, der das aus dem Pensionsversprechen sich ergebende Ziel erreichen will, in den allerwenigsten Fällen möglich. Zahlreiche Beispiele aus der Vorkriegszeit und die auch jetzt wieder in Erscheinung tretenden ähnlichen Zustände beweisen das. In den meisten Fällen, in denen ein bedingtes Pensionsversprechen vorliegt, ist es dem Arbeitgeber möglich, sein noch nicht eingelöste Versprechen zu einem starken Druckmittel gegen die Arbeiterschaft zu benutzen, ohne daß dieser ein anderes als das moralische Recht zur Seite steht. In der Regel stellt die in Aussicht stehende Pension einen Teil der Vergütung dar, der erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses fällig wird. Eine starke Verklausurierung der Pensionsbestimmungen sorgt dafür, daß der Zukunftswechsel für die Arbeiter immer etwas Unsichereres darstellt, während der Arbeitgeber durch sein Zukunftsvorschreiben einen starken Garant jederzeit in Händen hat. Die Vorteile einer stetigen Belegschaft sind für ihn ein großer Gewinn und Vorteil. Gegen einen zweifelhaften Zukunftswechsel gibt also die Arbeiterschaft ihre Freizügigkeit preis. Hinzu kommt, daß dem Arbeiter in nur seltenen Fällen die Möglichkeit geboten ist, sich gegen ihm zugesetztes Unrecht zu Wehr zu legen. Tritt der Arbeiter für eine berechtigte Lohnforderung oder für Verbesserung sanitärer Einrichtungen oder Beseitigung von Unfallgefahren ein, immer riskiert er dabei seinen Zukunftswechsel. Der Arbeitgeber ist dadurch in jeder Beziehung durch verschiedene Einflüsse in der Lage, mit Hilfe seines Zukunftswechsels den Arbeiter an der Ausübung seines Rechtes zu hindern. Wie mancher Unfall ist wohl auf diese Zustände zurückzuführen! Solange diese Art der Pensionsversprechen nicht als Leibrente im Sinne des § 759 BGB anzusehen ist, haben Pensionsversprechungen nur für den Arbeitgeber Vorteile. Für den Arbeiter, der auf das Versprechen der Pension hofft, gilt der Satz: "Viele sind betrogen, wenige ausgewählt." Wohl kann der Arbeitgeber ein gegebenes Pensionsversprechen nicht dadurch verhindern, daß er dem Arbeiter wider Treu und Glauben kündigt zu dem Zweck, sich seines Versprechens zu entbinden. Aber wer hat einmal vernommen, daß deshalb ein Arbeiter entlassen wurde; immer liegen die Gründe in der Person des Arbeiters. Doch der Arbeitgeber wider Treu und Glauben handelt, muß der von der Kündigung betroffene Arbeiter beweisen. Diese Beweisführung ist nach seitherigen Erfahrungen ausgeschlossen. Im letzten halben Jahr haben Betriebs einschränkungen und Stilllegungen einer großen Zahl alter Arbeiter gezeigt, wie Pensionsversprechen zu bewerten sind. Eine Papierfabrik hat den Betrieb stillgelegt. Durch in Aussicht gestellte Pensionsförderung war ein beträchtlicher Teil der Arbeiter 30 und 40 Jahre in der gleichen Papierfabrik beschäftigt; bei der Stilllegung sind die alten Arbeiter ohne Entlohnung des Pensionsversprechens auf die Strafe geflogen. Die Entlastung dieses alten Arbeiters, die mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Pension auf manchen berechtigten Wunsch verzichtet hatten, war begreiflicherweise eine recht große. Ein Arbeiter ist nach 35jähriger Betriebszugehörigkeit zur Entlassung gekommen. Trotz der langen Dienstzeit verweigerte die Firma den Anspruch auf den am Entlassungstag fälligen Urlaub. Durch Klage beim Gewerdegericht ist der alte Arbeiter zu seinem

Recht gekommen. Die Firma aber nahm Rache an dem Arbeiter. Dafür, daß ein vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zugesetztes Unrecht in Recht verwandelt wurde, ist dem Arbeiter eine Pension nicht gewährt worden. Soll eine solche Art von Wohlfahrt von sich behaupten wollen, daß nur die Sorge um des Arbeiters Wohl leitender Grundgedanke sei? Hier wird Wohlstat zur Plage. Eine Reihe fröbster Beispiele aus der neueren Zeit können das Bild noch vervollständigen.

Es ergibt sich, daß immer wieder die sogenannten Pensionskassen für einen großen Teil der Arbeit Selbstzweck sind. Aus all den Erfahrungen der Vorkriegszeit und auch der neueren Zeit gilt es die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Arbeiterschaft den Neugründungen und Neu einführungen von Pensionsversprechungen gegenüber große Vorsicht üben muß. Durch diese Art von Pensionskasseneinführungen sollen die Arbeiter in erster Linie von ihren Gegenwartsaufgaben und auch von ihren Organisationen abgebracht werden. Wir fordern in der Gewerkschaftsbewegung einen ausgiebigen Lohn und eine Sozialpolitik, die den Erfordernissen des Arbeiters gerecht wird. Gerade gegen die Forderungen der Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet stemmen sich die Arbeitgeber mit aller Macht, und trotz aller Widerlegungen erhält immer wieder das Geschrei von den hohen, untragbaren Soziallasten". Auch daraus geht hervor, daß die betrieblichen Wohlfahrtsseinrichtungen den Blick des Arbeiters ablenken sollen von den täglichen Notwendigkeiten. Wer vor Entwicklungen bewahrt bleibt will und gradlinig die Ziele der Arbeiterschaft verfolgt, ist den Pensionsversprechungen gegenüber vorsichtig, damit er vor späteren unsicheren Entwicklungen geschützt ist.

G. Geiger.

Der Staat als Arbeitgeber.

Die Arbeitsskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.
(Artikel 157 der Reichsverfassung.)

Mehr als in der Vorkriegszeit ist heute der Staat (Reich und Länder) bestrebt, als Großunternehmer sich zu befähigen. Er soll dabei nicht mehr bloß überwiegend die Belange der Allgemeinheit bestmöglich wahrnehmen, sondern es soll ein möglichst großer Gewinn zum Nutzen der Allgemeinheit erzielt werden. (ART. Nr. 54/20.) Vornehmste Pflicht des Staates müßte es sein, die Lebensverhältnisse der in seinen Werken beschäftigten Arbeiter so zu gestalten, daß sie der gesamten Privatindustrie als Vorbild dienen könnten, um so mehr, als diese Werke mit den Groschen der Steuerzahler, also auch — und dies nicht zum geringen Teil — mit denen der in den Werken Beschäftigten erworben sind. Der Arbeiter darf nicht lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachtet, sondern gerade hier müßte der Mensch in den Vordergrund gestellt werden. Schließlich ist der Staat ohne Menschen ja nicht denkbar. Sie sind der Hauptbestandteil des Staates, sind also die Befahrer dieser Produktionsmittel. Es muß aber festgestellt werden, daß die Behandlung der Arbeiter in so vielen, vielen Privatbetrieben eine bessere ist als in ihren eigenen Staatsbetrieben.

Im südlichen Bayern sind die Bayerischen Kraftwerke A.G. in Steiner a. Hart und die Vereinigten Aluminiumwerke A.G. in Töging ganz das Interesse Bayerische Aluminium A.G. in Töding zu neun Zehnteln in den Händen des Reiches. Der Gewinn, einen möglichst großen Gewinn zu erzielen, scheide hier Rücksichtnahme auf die Menschen aus. Geben irgendwelche Verhältnisse (Wasserangel, Abfallabfuhr usw.) die Möglichkeit, Arbeiter einzusparen", so folgt die Entlastung. Der Paragraph 74 des Betriebsverfahrgesetzes, nach dem der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei Einschränkung usw. des Betriebes, wodurch die Entlastung einer größeren Anzahl von Arbeitnehmern erforderlich wird, sich möglichst längere Zeit vorher mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu halten, ergibt für diese Betriebe nicht. In einem Falle ist man zur Stilllegung eines Werkes (Kurbachwerk Schülchen bei Trostberg) geschritten, ohne die Vorschriften des Paragraphen 1 der Stillungsverordnung zu beachten. Einen Tag vor der Kündigung hat man den Betriebsrat informiert. In den Bayerischen Kraftwerken in Steiner a. Hart steht die Arbeitsordnung eine achtjährige Kündigung vor. Diese Kündigung geht die Werkleitung nichts an. Sie stellt — in der Regel bei zu erwartendem Wassermangel — ohne jede Rücksprache mit dem Arbeiterrat einer Anzahl von Arbeitern die Kündigung zu mit dem Betriebsrat, wer mit einstiger Kündigungstritt einverstanden sei, könnte weiterarbeiten, andererfalls erfolge nach Ablauf der Kündigungstritt die Entlastung. Nicht nur, daß dieses Vorgehen gefährlich ist; die Not der Arbeiter wird damit auf das krasseste ausgenutzt. Das Gefühl der Arbeitslosigkeit zwinge jeden, sich zu bauen. Es kommt vor, daß Arbeiter, die infolge einer in dem Werke geholten Krankheit nicht mehr voll erwerbstätig sind, entlassen werden.

Auch in den Vereinigten Aluminiumwerken in Töding geht man dazu über, die Arbeiter von Zeit zu Zeit durch den Betriebsrat untersuchen zu lassen. Wird jemand als krank und für das Werk als unfähig befunden, so wird er mit viermonatiger Kündigungstritt entlassen. Diese viermonatige Kündigungstritt bezeichnet man dann als Entgekommen". Je drei Männer müssen eine bestimmte Anzahl Öfen bedienen. Scheidet ein Arbeiter aus, und es kommt ein neuer dazu, der die Arbeit nicht kennt, so sind die zwei in der Gruppe verbliebenen gezwungen, so lange eine Arbeit zu verrichten, die für drei fast zu viel ist, bis der Neue eingearbeitet ist. Das dauert, je nach dem Auslastungsvermögen des neuen Arbeiters, bis zu drei Wochen. Verhandlungen zu dem Zweck, diesen Missstand durch Einführung vor etwa 15 Referenten zu beseitigen, verlaufen ergebnislos. Bezeichnend für die rechtskonservatistische Einstellung dieser Werke ist die in der Werksordnung gezeigte Kennerung der Lehre, wonach die Arbeit nicht machen könnte, mehr gehen. Natürlich. Vor dem Tore waren ja genug andere. Dass bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses des in Werkwohnungen untergebrachtenbachs die Wohnung gehandelt und wenn dieselbe nicht geräumt, die Räumungsabgabe eingerechnet wird, sei nebenbei erwähnt.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß das Arbeitsverhältnis im Privatbetrieb im Prinzip nicht minderwertig ist als in den Staatsbetrieben, die zum Nutzen der Allgemeinheit sind — so sehen wir hinzu — auf Kosten der ausgebütteten Arbeiterschaft einen möglichst großen Gewinn erzielen sollen. Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches! Der Staat aber behandelt den Menschen schlecht als etwa ein Pferd. Der Staat verlangt von seinen Bürgern die Achtung der Gesetze. Er aber trifft um des möglichst großen Gewinnes willen die Gesetze mit Gassen; er behandelt das oberste Gesetz, die Reichsverfassung, wie einen wertlosen Zehn-Pfennig-Papier. Angesichts solcher Zustände bedeutet der Artikel 157 der Reichsverfassung einen Hohn für die Arbeiterschaft. Nur so weiter: Die Früchte werden nicht ansbleiben! Die Verantwortung tragen sie, die solche Sustände dulben.

Über auch der Arbeiterschaft muß gefragt werden, doch sie es
Ihr bei Hand hat, dem Artikel 157 der Reichsverfassung. Geltung
zu verschaffen. Bei den Wahlen zu den gelehrenden Körperschaften
muß sie an das nur zu wahre Sprichwort denken: „Nur
die allgleichsten Arbeit wählen ihre Meister selber!“ Das Gebot
der Einheit aber lenkt: Der letzte Arbeiter hinein in den Fabrik-
arbeiterverband! Stärkt die Organisation durch euren Zusammen-
schluß und finanziell. Nur so schafft Ihr die Voraussetzungen zur
Beseitigung der erwähnten Mißstände. A. Meyer, Altdölling.

Rationalisierung in der gewerkschaftlichen Organisation.

Seit gewisser Zeit wird innerhalb der Gewerkschaftsbewegung über die mit der Nationalisierung der deutschen Wirtschaft zusammenhängenden Fragen debattiert, das Für und Wider eifrig erörtert. So wie seitens des Unternehmertums die Nationalisierung befürchtet wird, muß sie stärksten Widerspruch der organisierten Arbeiterschaft auslösen. Statt eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes herbeizuführen, was, wie die amerikanische Entwicklung zeigt, möglich ist, werden in Deutschland immer mehr Arbeiter das Opfer der durch die Nationalisierung hervorgerufenen Betriebsstilllegungen. Die deutschen Unternehmer wollen oder können nicht einsehen, daß für eine vermehrte Produktion auch Arbeit gebracht werden muß. In Auslande können die gewölbigen Produktionsmengen nicht abgesetzt werden. Im Innern des Landes verhindert die geringe Kaufkraft der Arbeitnehmerschichten infolge der unzureichenden Entlohnung die Absnahmefähigkeit, obwohl der Bedarf an Lebensmitteln und Bedarfsgütern unverzerrlich groß ist und bei weitem nicht befriedigt werden kann. Eine befürchtete Nationalisierung würde nicht wirtschaftsfördernd hemmend und möglicherweise dauernd angewandt, zur Katastrophe führen.

Zweck der Nationalisierung muß Steigerung der Produktion, Senkung der Preise und Hebung der Lage des gesamten Volkes sein. Das Unternehmertum hat bislang versagt. Innerhalb des Verbandslebens den Grundschwung angewandt, größere Erfolge bei geringstmöglichen Aufwand an Geldmitteln und Arbeitskraft, wird uns einen bedeutend größeren Einfluss im Wirtschafts- und Staatsleben bringen und wird uns unserem Endziel, Errichtung einer für und durch die Gemeinschaft bestrebenden Wirtschaft, näher führen. Verlängern wir vom Unternehmertum Hebung der Wirtschaftslage durch moderne Produktions- und Wirtschaftsmethoden, dann haben auch wir in unserem Verband uns mit den Fragen zu beschäftigen, deren Durchführung eine größere Erfolgschance unserer Tätigkeit ermöglicht.

Standoff sieht auf, daß sich in der Gewerkschaftsbewegung der erze Zusammenhang noch nicht vollzogen hat wie bei den Arbeitgeberverbänden und bei den Untersuchungen. Gewiß sind die zu überwindenden Schwierigkeiten groß. Unserhin haben wir auch Erfüllte bereit zu verzeichnen, wie die Bildung des aeramischen Kurses innerhalb des Facharbeiterverbandes. Sicher ist jedoch, daß die Entwicklung freiwillige Verschmelzungen und vor allem das Zusammensetzen der einzelnen Verbände fördern wird. Eine Vereinigung der Gewerkschaften über die Gründöche, nach denen Beiratshöhe, Untersuchungsorte und Höhe der Leistungen in den Verbänden zu bemessen sind, wäre als Erfolg zu buchen. Das vom ZDGB herangegebene Einheitsmitgliedsbuch wird arbeit- und geistigerend wirken.

Die Geschäftsführerbewegung wird bedurch sehr gehemmt, daß die Bürgerschaft wirtschaftlich auch immer in mehrere Richtungen gespalten ist. Beim Unternehmen ist von dieser Zersplitterung in lebenspolitischen und sozialpolitischen Fragen nichts zu spüren. Zwischen den Arbeitserorganisationen, besonders bei den christlichen Verbänden, verschafft man kaum Hoffnung an der letzten end die Arbeitsschöpfende Aussöhnung festzuhalten, daß christliche

Auswanderungslustigen zur Beachtung!

三

Die Arbeitseigenschaften auf Reifeplatten

Brotkrisen kommt zur Förderung seiner Brotkonzerns Kraft Glas-
macher, wie der Mensch zur Schaffung des kleinen Brots.
Es liefert jetzt zwei Drittel des Weizenbrotzugs an Kaffee. Das
Saffronerungsgelehrte, geköpfelt zum Sohn der Kaffee-
produzenten, ist das größte Staatskapital der Welt. Ganzsoz, der
Sohn des Kaffeeherstellers von Venedig, steht als Kaffeesortiments-
Gesetz er erster Stelle. Nach dem Judentum des September 1925
werden hier 8X Millionen Sacà Kaffee nach allen Weltteilen ver-
trieben.

Die Verlobung der Kofferraumfahrt auf den entsprechenden Magneten wird von Rücksicht auf Reisende nicht empfohlen. Sieger, Tschagatj, Grotter, Japcaet, dtsch. Polizei, Wohlage jeder Zeit u. e. tragen die Kofferraumfahrt auf dem Kopfe nach dem Dampfer- und gesetzlichen Eisenbahn-Karte, von Jungen von 12—15 Jahren bestimmt, befinden die Sammelleidenschaften in das Innere der Dampfschiffe, wo sie von Fliegern, die nur mit einer Sodehölle bekleidet sind, oder ausgesetzt werden. Fragt man die bisher geangeführten und häufig beobachteten Schätzungen nach ihrem Arbeitsverdienst, erhält man überall die Antwort: „Viel Arbeit, wenig Lohn.“ Sojauer und Ries führen ihre Hemmung, die ab und zu auch vorkommt, nicht durch ein Stück gefärbtes und gefräschtes Material. Dieses Stück kommt von Argensteinen und wird in Städten und Landorten. Sein Transport dieses Stückes verleiht die beteiligten Transportarbeiter ein Stück zu erheben, und sein Handwerkshand ist die ungewöhnliche, solche und jene Weise

Deutsche W. - Es kommt für die Hofsiedlung nicht in Frage, da sie die Arbeit bei der Höhe oder aufwändigen Schäden nicht ausüben und auch in anderer Weise mit den Tieren um, nicht kontrollieren könnte. Die einsiedlernden Menschen werden nach dem Sandsteinen, auf Hofsiedlungsplätzen transportiert, da es gilt, nicht mit die befindenden Viehlagen zu pflegen, sondern auch neue einzufügen. Die Verarbeitung eingeschichteter Viehställe ist für den Aussteller des Tals eine erhebliche Ersparnis Gehes kosten. Im Jahre 1923 sind, nach einer Meld. der Deutschen W., das

Die Überquerung geschah durch Personen, die pro Gruppe 100 Tücher erhalten und die sie ausdrückten, da sie den Gewinner der freie Flugfahrt verloren, was pro Gruppe 100 Tücher von dieser fiktiv nicht waren. Ein weiterer Gewinnshandel! Die Flugfahrt bezahlte die kreativische Ausgabe.

Arbeiter nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften sein können. Die Gesellschaft fördert und führt diesen Standpunkt. In den Betrieben, bei der Kleinarbeit, auch bei Verhandlungen mit den Unternehmern, vor Schlichtungsausschüssen, Gewerbe- und anderen Gerichten treten grundsätzliche Gegenstände seit langem überhaupt nicht mehr auf. Nicht bei den Funktionären, erst recht nicht bei der Masse der Arbeiterschaft, wo, wie besonders im Westen Deutschlands leicht festgestellt werden kann, die christlich organisierte Arbeiter in allen diesen Fragen, mit denen wir uns in den letzten Jahren beschäftigen müssten, eine Stimme waren mit der großen Masse der frakgewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wie Wichtfunderung, Erwerbslosenunterstützung, Steuerregelung, Volksentscheid usw. Bei direkten Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses ist das Einvernehmen der Arbeiterschaft beider Richtungen etwas Selbstverständliches. Wo Gegensätze bestehen, sind sie entweder bestimmt nicht größer als innerhalb einer jeden Richtung, oder sie werden von den Führern künstlich erzeugt um

	Im Fabrikarbeiter-Verband:	Im christlichen Verband:
Erlwerbslosen-Unterstützung	2,55	1,08
Streit- und Gemahregelungen		
Unterstützung	2,27	1,55
Reise-Unterstützung	0,005	0,009
Stacheldraht	0,219	0,07
Rechtskundum	0,044	0,18
Notwige-Unterstützung	0,198	hat keine
Sonstige Unterstützungen	0,015	hat keine
Jahr-Tarifinstanzen	0,082	ist bei der Streik-Unterstützung verzeichnet
Für Verbandszeitung	0,50	0,62
Bibliothek und Bildung	0,068	0,035
Agitation, Drucksachen und		
Brochüren	1,10	ist nicht besonders angeführt
Rassenbestand	2,20	2,21
In Unterstützung insgesamt einschlechl. Rassenbezug	8,16	5,75

DAS IST DIE FOLGE



SCHLECHTEN STAPELNS

Nötwendigkeit der besonderen christlichen Gewerkschaftsbewegung zu begründen. Die angebliche Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften zieht heute nicht mehr. Meistens weist man auf das Verhalten einzelner Personen in der Vorkriegszeit hin, die religiöse Feindseligkeit der Agitation betrieben haben sollen. Nicht aber kann man bindende Beispiele von Gewerkschaftstagungen für die falsche Behauptung der Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften anführen. Wie oft müssen die angestellten Vertreter der beiden Richtungen zusammenarbeiten, fahren gemeinsam zu Verhandlungen und Betriebsversammlungen, geben den Mitgliedern fast die gleichlautende Auskätzung, ohne daß die geringste Spur der Gegensätzlichkeit sich bemerkbar macht. Es ist unwirtschaftlich, daß die Beitragsgelder der Mitglieder unnötigerweise doppelt ausgegeben werden. Angestellte von jeder Richtung in jedem Bezirk einzugehen sind, wo ein Kollege genügen würde. Für einen Betrieb eine bestimmte Organisation muß das Mindeste sein, was erreicht werden mößt, wenn nicht der den Unternehmern stets entgegengesetzte Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit auf die Rüster zurückfallen soll. Dieses kann nur durch Anschluß des kleinen Splitters an die Gesamtbewegung erfolgen, um den Zusammenschluß aller Arbeiterruppen und Arbeiter in einer Organisationseinheit herbeizuführen. Wie unwirtschaftlich eine kleine Organisation gegenüber den großen Verbänden arbeitet, sei an den Zahlen des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes aus dem Jahre 1924 gezeigt, denen vergleichsweise die entsprechenden Angaben aus unserem Verbande beigefügt werden. Es beträgen im Jahre 1924 pro Mitglied

Bundes für Siedlung in Übersee. Hendrik Ten Haan, Amsterdams und unterschrieben durch Heinrich L. Pach, Amsterdams, Klein-Garleinplein 17, erheben die ausgewählten Opfer, deren Adressen andere bezahlte Individuen aufzufindig gemacht haben, Prospekte angekündigt, in denen die Nachmeistung guter Arbeitsstellen angepriesen wird. In der deutschen Presse ergangene Warnungen vor diesen Seelenverkehrern werden abgefan, indem man schreibt: „Scheußliche bisher erschienenen Zeitungsaufschriften, welche die Auswanderung nach Brasilien in ein schlechtes Licht stellen, beweisen, daß die Verfesser von den Verhältnissen keine Ahnung haben und Tropiken nie gesehen haben.“ Zu den Warnungen der öffentlichen Gewändererwerbsstellen heißtt es darum: „Es ist klar, daß der deutsche Staat alle Mittel benutzt, um seine guten Arbeitskräfte aus den verschiedensten Gründen nicht auswandern zu lassen.“ Auf viele Weise sind Tausende deutscher Familien in den letzten Jahren auf die Ferienfahrten der Boote hingelagert.

Die Verpflichtung auf eine Kasseersparnis soll, so wird der Text vorgelesen, einen doppelten Vorteil bieten. Einmal soll dadurch die Möglichkeit bestehen, die besondere Art der brasilianischen Landwirtschaft kennenzulernen und zum anderen soll der Lohn bei einziger Fleize so hoch sein, daß Ersparnisse gemacht werden können, die die Errichtung einer eigenen Schule ermöglichen.

Ja Carlos geht es nach der Ausführung im geschlossenen
Transport zur Behandlung weiter lieberdoffer politischer Ge-
schäfte. Nach Verhandlung in einem Personenzug wird dieser ver-
schlossen, da es sich um eine beschüte Ware handelt. Das Gerät
wird gefordert transportiert. In São Paulo werden die Ein-
wanderer im Emigrantenzelt untergebracht und erfreuen sich an-
hier der Aufmerksamkeit von Polizeiholden. Jede Familie ha-
tigt die Freiheit, zu wählen, nach welcher Rasseplanlage sie trans-
portiert werden will. Diese unterscheiden sich jedoch nur durch
ihre Größe, ebenso auch der Rassehautfarbe vorzimmen. Mit der
Auswahl getroffen und der Kontakt aufgezeichnet, erfolgt die

Jahrestarif ist der abgeschlossene Kontakt, der in deutscher
Sprache und portugiesischer Sprache geführt ist. Bis zum S
entwickelt er die gegenwärtigen Tarifführungen über Arbeitsteilung
Zahn, Arztzeit, Leistungszug und Gehalte. Der § 8 konkret
Die Zeltalteren werden durch die Gesetzgebung der
Republik verfolgt. Der Besitzer hat das Recht
diese Elemente an die nächste Eisenbahngesellschaft
abzuschieben. § 2a. Das durch die Ansiedler ge-
wählte Gemeindefest das Recht alle, die gegen

wellung dem Besitzer vorzuschlagen: b) den unrechtmäßigen Kranken; c) den Taugenichts, oder dem, der seiner Pflicht nicht nachkommen will; d) den unverbesserlichen Trinker; e) den ständigen Rummelten; f) schließlich den, der die Punkte dieses Kontraktes nicht hält. Das Ansiedlerkomitee ist natürlich weiße Salbe, wer Agitator ist, ständig Rummelten, unheilbar Kranker usw., das

Mit dem Vertrag in der Tasche geht es dann los. Auf der Kaffeepflanze angekommen, erfolgt Zuteilung der Wohhaber, die im

meist von Schmuck stattender Bretterbuden ohne Fußböden, die im Kontakt als gut hergerichtete Wohnhäuser bezeichnet werden. Mit Entsegen wenden sich die Frauen von diesen Stäffen des Schmucks, in denen es von Ungeziefer aller Art wimmelt. Sandflöhe, Zecken, Schwader, Räder, Flöhe, Wanzen und anderes Gekläre, wer zählt die Arten, wer kennt die Namen, was man nicht sieht, das fehlt man. Da ruht alles Lamentieren nichts, nach einer Reinigung muß der Einzug erfolgen. Schließlich gelingt es, für Geld und gute Worte oder auf Pump ein paar Bretter aufzutreiben, von denen die notwendigsten Möbel, wie Lagerstätten, Tische und Bänke, zu rechtmässigen werden. Nach provisorischer Einrichtung gehen die Arbeitsfähigten an die Arbeit. Pro erwachsene Person müssen 2500 Kaffeefürme bearbeitet werden, die zunächst 4 Meter im

Quadrat von Unkraut gereinigt werden müssen. Stronchwerk bis
Armedicke, hohes Schilfgras und andere tropische Unkräuter er-
fordern zu ihrer Beseitigung intensivste Arbeit. Die kontinuierlich
festgelegte Arbeitszeit beginnt monchs 6 Uhr und endet ebenfalls
6 Uhr; sie wird von einer Frühstücks- und Vesperpause von je 20

Mittag und einer einsamigen Mittagspause unterbrochen. Der Kaffeebaum, ein strauchartiger Baum bis 4 Meter Höhe, gedieht nur in frostfreien Gegenden. Die Höhe ist hier naturgemäß größer als in den südlicher gelegenen Landstrichen. Ungemein empfunden wird der jähre Wechsel zwischen Warm und Kalt, da es besonders in den frühesten Morgenstunden empfindlich kalt ist. Je heißer die Klima, desto höher ist auch die Ungezieferplage. Die Sonnenstrahlen fallen in den Mittagsstunden senkrecht zur Erde. Deshalb biegen auch die strauchähnlichen Kaffeeblüme fast keinen Schatten. In dem Gitteressel der Kaffeeplantage, umschwärmt von Legionen blutsdürstiger Insekten, pläzt sich nun der Familienvater mit allen vorhandenen Arzneikräusen, das Poxum, zu dem er sich verpflichtet hat, zu schaffen. Bald sieht er ein, daß er sich zuviel gemacht hat und daß er trotz Überstunden und Überanstrengung nicht vorwärts kommt. Das ungewöhnliche heiße Klima verzehrt seine Kräfte und die der Familie. Staub, Schweiß und Sonne fressen ihm förmlich die Kleider vom Leibe. Krankheiten und Leidessfälle vermehren sich in erschreckendem Maße. Allabendlich erkratzen Schmerzen Geschrei der Kinder bei Entfernung der Sandflöhe und Eich-Bremse, die sich tief ins Fleisch hineingefressen haben und

Die Familie will aber auch essen. Der Verwalter wird um Be-

dem gleichen Maße stieg, wie die Menge der Produktion wurde auch nach Einführung des Marktstabilitätsmaßnahmen beobachtet, ohne daß berücksichtigt wurde, daß die geringen Einnahmen weiter Kreise den Absatz der Fertigfabrikate zu so hohen Preisen in größerem Umfang unmöglich machen müssen.

Trotzdem können die Verhältnisse kaum geschärfert werden. Es ist hier wie überall, jeder trachtet danach, möglichst viel umzuschenken, ohne Rücksicht auf die Konsumfähigkeit der großen Masse. In der Konserven-Industrie sind durch den Krieg die Betriebe derartig vermehrt worden, daß sie unverzüglich als lebensfähig bleiben können. Neben dem versteckten Kapital in den Betrieben werden eine Menge Rohstoffe angehäuft, also dem öffentlichen Markt entzogen, was eine weitere Versteuerung auch auf dem Frischgemüse- und Obstmarkt zur Folge hat. Dr. Gebel sagt zu dieser Tatsache:

Legt sich die Industrie Reserve auf, so wird auch der Frischmarkt sehr bald nicht mehr so hohe Preise anlegen. Vor allem möchte man doch auch nicht vergessen, daß die Preise für ausländisches Obst auf das wir doch zu einem großen Teil nun einmal eingewiesen sind, durch die Inlandsernte automatisch bestimmt werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang insbesondere an die vorjährigen Erdbeer- und Marzipanpreise.

Dr. Gebel sagt dann weiter, daß sich eine Reihe Fabrikanten zu stark daraus versieben, durch Erhöhung ihrer Produktion ihren Betrieb rentabel zu gestalten. Es heißt dann weiter: Diese Anschaffung ist nur relativ richtig; sie ist genau gewiß falsch, wenn durch die Preisbildung der Produktion einerseits der Preis für Rohwaren in die Höhe getrieben wird und andererseits der Preis für die Fertigfabrikate gedrückt wird. Richtig ist, daß der Preis für die Rohwaren dadurch ständig in die Höhe getrieben wird, aber der Konsument hat von dem Preisdruck nach unten im Kleinhandel bisher nichts gemerkt.

Durch die übertriebene Rohstoffhamsterei und durch das Anstreben von Sachgütern um jeden Preis mag manche Fabrik in Schwierigkeiten geraten sein. Es mögen auch Zwangsvorläufe zu herabgesetzten Preisen stattgefunden haben. Nur hat der Konsument davon wenig bemerkt, weil der Zwischenhandel heute eine weit größere Profitrate verlangt als früher. Dieses Jagen nach Rohstoffen hat die Obst- und Gemüsepreise nicht nur für die Fabrikanten, sondern auch für die Konsumenten erheblich verteuert. Es ist daher zu begreifen, daß in den Anbauleiterungsverträgen für das Jahr 1926, soweit Gemüse in Frage kommt, wesentlich niedrigere Preise festgelegt worden sind als in den Jahren 1924 und 1925. Wahrscheinliche Bestrebungen sollen beim Festsetzen der Obstpreise im Gange sein. Die Hauptfahne wäre nun, daß die einzelnen Fabrikanten sich auch an diese Preise halten.

Beim Vergleich der Preise, die zwischen der Fabrikantenverteilung und dem Gemüsebauverein festgelegt sind, ergibt sich, daß Spargel erster Sorte von 90 Mk. im Jahre 1925 auf 50 Mk. für dieses Jahr pro Sennert erhöht ist. Wirsingbohnen (welche Hinrichs Riesen) wurden 1924 mit 18 Mk., 1925 mit 7–12 Mk., und in diesem Jahre mit 7 Mk. pro Sennert bezahlt. Fadenlose Bohnen kosteten 1924 22 Mk., 1925 12–18 Mk., und in diesem Jahre 10 Mk. pro Sennert. Für andere Gemüsesorten sind die Preise nicht ganz in dem Umfang herabgesetzt, bei anderen zum Teil aber noch mehr. Nur bei ein paar Gruppen blieben die Preise gleich oder sind gering erhöht. Die angeführten Beispiele zeigen, daß die Preisbildung im Jahre 1924 und auch 1925 noch stark unter den Nachwirkungen der Inflationserscheinung gestanden hat. In diesem Jahre sind nun die Preise für fast alle Gemüsesorten reduziert, aber auch sie dürften noch erheblich über den Vorkriegspreisen stehen. Die Beispiele zeigen also, daß in den letzten beiden Jahren für Gemüse Preise gezahlt worden sind, die durchaus nicht gerechtfertigt

wurden. Nach monatelanger Arbeit wird dann Abrechnung verlangt, da der Einzel mit barem Geld leicht vor Überforderung schützt. Der Vermieter wünscht ab, der Patron ist in der Stadt. Mittlerweile sind 3–6 Monate ins Land gegangen, die Leute verlangen ihr Recht, sie wollen Abrechnung und bares Geld. Kommen mehrere Leute zu gleicher Zeit und werden nach den immermährenden Hinweisungen schwärmere Worte gebraucht, dann ist dies Reaktion, und der Elendenvorfall hat das Recht, die Wortschärfen und hässliche Renten, wie es im Kontrakt heißt, durch herbeigeführte Polizeiaktionen abtransportieren zu lassen. Dies in besonderen Fällen. Statistisch kommt es auch vor, daß die Vermieter und ihre Leute von den eingesetzten Arbeitern eine lästige Praxis erheben, was gleichbedeutend ist mit Vogelscheuchen und kühnster Flucht unter Zurücklassung der gesamten Habe. Gewöhnlich aber erfolgt auf andauernde Vorstellungen Rechnungslegung. Nun sieht der Kaffeeproduzentenprotest, daß er schändlich vertraut und verkannt ist. Er sieht, daß er nicht nur kein bares Geld zu erwarten, sondern noch Schaden hat, da je nach der Größe der Familie eine größere oder kleinere Summe umfassen, jedenfalls aber so groß sind, daß er sie nie wieder erhalten kann, und wenn er sich totarbeiten würde. Die Plantage hat aber keiner verlassen, ehe nicht die Schaden bezahlt sind, es sei denn, der neue Patron übernimmt sie mit und zieht sie seinerseits ein.

Entwicklungen auf Entwicklungen, Krankheiten und Sterbefälle, rätselhafte Behandlung Lebens der Vermalter und die tropische Hitze und Ungezieferplage zerstören bald den härtesten Stein, und im geheimen wird der Plan gefasst, die gute Arbeitsstelle zu verlassen. Zeigend für die Art, wie auch hier die Deutschen eingeschöpft werden, ist folgender Fall: Ein Familienvater wurde bei der Arbeit in der Plantage von einer Schlinge gebissen. Sofortiger ärztlicher Besuch rettete ihm das Leben. Jedoch hatte er den Verlust eines Beines zu beklagen, das ihm im Krankenhaus in São Paulo amputiert worden war. Die Familie, durch diesen Vorfall des Ernährers betroffen, erhält auf einen Untersuchungsantrag folgenden Bescheid: „Wer hat denn den Mann gehabt, auf eine Schlinge zu treten?“ Durch Vermittlung des Roten Kreuzes ist nach langem Hin und Her die bewundernswerte Familie nach Deutschland zurücktransportiert worden.

Nachdem der Vorsitz gefaßt ist, die Kaffeepflanzage zu verlassen, meßt derselbe bei Nacht und Nebel ausgeführt werden. Es gilt dabei die Vorsicht der Flieger zu fliehen, die mit Schießpfeilen bewaffnet, über das Wohl und Weile der weißen Sklaven wachen. Nach 9 Uhr allerdings darf sich niemand mehr im Freien befinden, denn man ist in einem Lande der Freiheit. Und ein Mensch über den Haken geschossen, kracht kein Hehn danach. Unter Juratlassung der letzten Hausschlüsselns weißt sich die Familie auf die Flucht zu einer Bahnhofskasse oder in die nächste Stadt. Das Endziel ist in der Regel die Großstadt São Paulo mit 700 000 Ein-

wänen. Es ist zu begrüßen, daß bei den Gemüsepreisen ein Abbau stattgefunden hat. Zu wünschen ist nur, daß auch der Konsum im Kleinhandel von diesem Abbau bald etwas merkt.

Die Gemüsebauern werden nicht verschleiern, diesen großen Preisabbau bei jeder Gelegenheit ins Vordertrifft zu schicken. Sie werden darum schlussfolgern, daß auch die Rüben abgebaut werden müssen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Gemüsepreise in den letzten beiden Jahren 100 Prozent und bedeutend mehr über den Preisen der Vorkriegszeit standen. Das kann man von den Löhnen nicht sagen. Dieser Zustand konnte aber auch nur einreihen, weil die zu vielen Konservenfabrikanten sich gegenseitig die Waren ablagen und jeden Preis boten. Da nun die Industrie ihre Rohstoffe in diesem Jahre wesentlich billiger bezieht als in den Vorfahren, ist anzunehmen, daß sich ihre wirtschaftliche Lage verbessert. Hoffentlich entfliekt man sich dessen auch beim Festlegen der Löhne für die Arbeiter. Hier aber wollen die Konservenfabrikanten genau wie alle anderen ebenfalls abbauen. Wiederholte konnten wir in der Fachzeitung der Arbeitgeber für die Konserven-Industrie lesen, daß der geringe Absatz auf die mangelnde Kaufkraft zurückzuführen sei. Auch jetzt spricht Dr. Gebel wieder davon, daß die geringen Einnahmen weiter Kreise den Absatz erschweren. Wenn dem aber so ist, dann heißt es doch das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn man trotzdem den Lohn abbauen will und somit die Konsumkraft weiter schwächt. Kaufkraft und Lohnfrage sind eben zwei untrennbar Dinge. Jedem Wirtschaftler muß klar sein, daß die Kaufkraft der Massen in ihrem Arbeitseinkommen besteht. Deshalb sollte man uns gerade von jener Seite, wo man anerkannt hat, daß wir an mangelnder Kaufkraft leiden, mit Lohnabbauanträgen verschonen.

C. S.

Voranschichtliche Zuckererzeugung in der Kampagne 1926/27.

Der Verein der deutschen Zucker-Industrie nimmt jedes Jahr im Frühjahr eine Umfrage über den Umfang des Rübenanbaues bei den Zuckarfabriken vor, um festzustellen, wieviel Rüben es im nächsten Herbst zur Verarbeitung kommen. Daraus lassen sich gewisse Schlüsse über die voraussichtliche Zuckererzeugung ziehen, da die Vorausschätzungen immer ziemlich genau sind. Nachstehend bringen wir das

Ergebnis der Umfrage vom 28. April bis 8. Mai 1926.

Landesteile	Ein- gegangene Anträge	In Beziehung auf den voraus- gehenden Jahrs		Rübenanbau	Zu- ber- neh- mungs- raume
		1926/7	1925/6		
Preußen	4	4	4	4 425	4 801 – 8,0
Brandenburg	8	8	8	21 031	23 422 – 10,3
Pommern	9	9	9	23 371	24 691 – 5,4
Schlesien	42	42	43	74 622	74 141 + 0,7
Württemberg-Sachsen	74	74	75	104 809	106 624 – 1,7
Hannover-Holstein	88	86	87	36 523	37 375 – 2,3
Westfalen und Hessen-Nassau	6	6	6	5 041	4 724 + 6,7
Arnsberg	10	10	10	16 850	15 071 + 11,8
Fürstentum Sachsen	4	4	4	5 410	5 665 – 4,6
Oldenburg	12	12	12	18 312	18 413 + 56,5
Mecklenburg	8	8	8	1 383	18 368 – 5,4
Thüringen	5	5	5	4 006	4 608 – 13,1
Braunschweig	24	24	25	17 845	19 161 – 6,9
Aubal	14	14	15	16 635	18 448 – 9,8
	256	256	261	361 331	370 619 – 1,16

Aus dem Resultat der Umfrage ist ersichtlich, daß der Rübenanbau in diesem Jahre um etwas über 1 Prozent gegenüber dem Vorkrieg zurückgegangen ist. Die Anzahl jener Fabriken, die voraussichtlich im kommenden Herbst arbeiten werden, ist um fünf zurückgegangen. Der Bericht bemerkt, daß es noch weitere Betriebe stillgelegt werden. Diese Stilllegungen dürften mit dem Rationalisierungsplan zusammenhängen. (Siehe „Proletarier“ Nr. 20.)

wohnern. Die Flüchtlinge fragen sich mit der Hoffnung, dort als Lohnarbeiter ihren Lebensunterhalt verdienen zu können.

So erfolgt der Zustrom entlassener Altkämpferer in die Städte von zwei Seiten. Es strömen in diese hinein die jämmerlichen Unterkomplexe und die ausgemergelten Familien der Kaffeepflanzengärtner.

In der Stadt.

Die erste Sorge gilt der Beschaffung einer Wohngelegenheit. Der Familienvater ist froh, einen Unterschlupf zu finden, wenngleich mehrere Familien in einem Vorstadthaus zusammengepfercht hausen müssen. Auf der Arbeitsmarktei der Flüchtlinge heißt, daß bereits Tausende von Leidensgefährten die Stadt als Lumpenproletariat betrachten und sich auf verschiedene Art und Weise ein hämmisches Leben zu erhalten trachten. Täglich wird das Überangebot von Arbeitskräften noch verstärkt durch weitere Zuwanderungen, durch Betriebs einschränkungen und Stilllegungen. Auch das „Stegerland“ Brasilien hat seine Wirtschaftskrise. Niedrige Löhne bei steigenden Preisen gestalten dem Brüderlichen der Arbeitenden dort, ein blutiges „Aus der Hand in den Mund leben“. Ein Drittel bis drei Viertel der Lohnzahme eines ungelehrten Arbeiters muß als Wohnungsmiete verbraucht werden. Die Preise für Kleidung sind unerschwinglich. Die ganze Familie muß mitarbeiten, um dem ganzen Haushalt zu entsorgen. Langfristige Lohnzahmungsstermine bis 2 Monate sind durchaus die Regel. Erklärt dann der Unternehmer am Wohnungsfrage, kein Geld zu bekommen, ist der Arbeiter um seinen Lohn geprellt. Geld und Rationalität gelten mehr als Recht und Gesetz. Das auch destruktive Unternehmer hieron keine Ausnahme machen, versteht sich von selbst.

Gemeiner Ausbeutung sind keinerlei Schranken gesetzt. Schreibt doch die „Deutsche Zeitung“ von São Paulo, ein Blatt, das durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht und sich in der Verherrlichung deutsch-brasilianischer Industrieller oder anderer Prominenter so manches leistet, am 3. 12. 1925 unter der Überschrift: „Kinder- und Frauenarbeit in Industriellem Betrieb“ folgendes:

„Leider sind die Beschäftigten, die auf der ersten internationales Arbeiterskonferenz in Washington gefaßt wurden, für Brasiliens höheren Sozialstaat gebeten, obwohl es seinerzeit das Konferenzprotokoll mitunterzeichnete und sich damit moralisch zur Erfüllung der in ihm festgelegten Bestimmungen verpflichtete. Was bitter kostet ist, daß wenigstens die Beschäftigten der Konferenz die sich auf die Frauen- und Kinderarbeit beziehen, derer es sich in den Werken und Geschäften gerade die Kinder bei der Arbeit in den Häusern aufgezeigt sind, abgesehen von der Bezeichnung ihrer sozialen und geistigen Entwicklung, ihrer Moral, kann man sehr leicht in den Seiten los. Hier erfordert ein Kind bei der Arbeit eine schwere Verlehrung, dort kann ein anderer ja Schaden. Die kleinen Unfälle sind besonders dem Unbekannten zugestanden, daß die Kinderarbeit nach allen Regeln der Ausbeutungstheorie und

aus der angebauten Rübenmenge darf man nicht den Schlag ziehen, daß die Zuckererzeugung ebenfalls um rund 1 Prozent zurückgeht wird. Das hängt von verschiedenen Nebenfaktoren ab. Einmal, ob die angebauten Rüben restlos auf Zucker verarbeitet werden; dann kommt es auf den Zuckergehalt der Rübe an. Bleibt das Zucker so günstig wie selber, dann kann in diesem Jahre mit einer guten Ausbeute gerechnet werden.

Um solche Jahre halten wir eine Durchschnittsausblicke. Es ist möglich, daß der Ausfall beim Anbau durch restlose Erfassung der Rübe und durch eine bessere Ausbeute wettgemacht werden kann. Auf alle Fälle ist mit einem erheblichen Rückgang bei der diesjährigen Zuckererzeugung nicht zu rechnen. Immerhin ist auch die geringe Rückgang beim Rübenanbau bedauerlich. Haben wir doch in der Zucker-Industrie die Vorkriegserzeugung — auf das kleinste Deutschland gerechnet — bei weitem noch nicht wieder erreicht.

C. S.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Christliche Gewerkschaftsführer für Sonntagarbeit.

In der Nr. 17 des „Proletariers“ war mitgeteilt, die Zentrumabgeordneten und christlichen Gewerkschaftsführer Treuenbrietzen, Andre und Koch haben im Reichstag einen Antrag eingebracht bzw. mitunterzeichnet, der das Verbot der Sonntagarbeit zur Herstellung von Eis-, Creme- und Früchteessen in Konditoreien und Bäckereien befehligen will. Daraufhin hat die christliche Gewerkschaftspresse einfach behauptet — auf deutsch: bewußt gelogen —, die Sozialdemokratische Partei habe für diesen Antrag gestimmt. Selbstverständlich fehlt hierbei auch nicht die Gewerkschaftsstimme, das Organ des christlichen Fabrikarbeiterverbandes. In dieser Angelegenheit schreibt nun der zweite Vorsitzende des WGB und Reichstagabgeordnete Genosse Graumann:

Der Antrag ist mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen worden; unsere Partei hat nicht dafür gestimmt.

Außerdem durch den Antrag christlicher Gewerkschaftsführer verliert eine Arbeiterguppe die Sonntagsschreibe. Zu diesem Antrag kommt dann der zweite, indem die christliche Gewerkschaftspresse einfach die unwahre Behauptung verbreitet, die Sozialdemokratische Partei habe für diesen Antrag gestimmt. Das achte Gebot lautet: Du sollst nicht falsches Zeugnis geben. Die christliche Gewerkschaftspresse handelt nicht nach diesem Gebot.

Die Lehren des englischen Generalstreiks.

„The proof of the pudding lies in the eating“ (deutsch: Der Beweis für die Güte des Puddings liegt im Essen). An diesen Spruch wurde ich unwillkürlich erinnert, als mir die ersten Nachrichten vom Zusammenbruch des Generalstreiks zu Ohren drangen. Wir stehen vor der betrübenden Tatsache, daß der mit so großer Energie erklärte Kampf am neunten Tage bedingungslos zusammenbrach. Man hatte in England so oft von der Gewalt eines Generalstreiks geträumt und glaubte nun auch, das Mittel eines Generalstreiks gefunden und anwenden zu müssen. Die Folgen sind verheerend. Das von der kommunistischen Presse angekündigte Geschrei über den Verrat der rechten Führer der Arbeiterbewegung ist natürlich purer Unsinn, da weder eine Ausdehnung des Streiks auf die sogenannte zweite Linie, noch ein Verharren im Kampf etwas reichen konnte. Der Vorwurf der Kommunisten richtet sich vor allem dagegen, daß man diesen Streik nicht zu einer politischen Aktion höheren Stils erheben wollte. Da entsteht die Frage: ob es wohl möglich ist auf jedem Streik einen politischen Kampf zu machen? Was würde aus der Gewerkschaftsbewegung werden, wollten wir eine solche Taktik zur Richtlinie im wirtschaftlichen Kampf erheben? Der Generalstreik brach gerade deshalb zusammen, weil die Regierung die Parole herausgab: der Streik sei ein Attentat auf den Staat, und damit auf die Volksgemeinschaft. Ein Kampf gegen die Regierung aber war in dieser Form ein Kampf gegen die Demokratie. Die Regierung vertrat den Standpunkt, es drehe sich um die Frage: ob eine Gewerkschaftsdiktatur siegen sollte oder die parlamentarische Macht. Unstimmig ist es, die Psychologie eines Volkes verkennen zu wollen. Die englische Demokratie ist mit dem Volke eng verbunden; sie ist in Jahrhundertenlangem Ringen längst Schliff für Schliff gewachsen, und in einer solchen Gemeinschaft bleibt der Generalstreik immer eine lebte geschichtliche Sache. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaften gegen eine unerreichbare Festung anstürmten. Im

Parlament sorgte und es in den meisten Betrieben an der nötigen Bevölkerungsmangel. Die Arbeitszeit ist in der Regel für die in den Betrieben beschäftigten Kinder zu hoch bemessen. Wann wird Brasilien einmal zu einer brauchbaren sozialen Gesetzgebung kommen? Dem wäre höchstens noch hinzuzufügen, daß Misshandlungen der bedauernswerken jugendlichen Ausbildungssobjekte durchaus keine Seltenheit sind.

Am 23. 10. 1925 teilte die selbe Zeitung mit, daß ein Kinderarbeitschutzgesetz in Beratung sei und veröffentlichte unter anderem den Abänderungsantrag einer interessierten Vertretung zu diesem Gesetz, der folgenden Wortlaut hat: In Städten von über 40 000 Einwohnern sind Jugendliche zwischen 10 und 12 Jahren in geschäftlichen Betrieben als Arbeiter zugelassen, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie den Volksschulkursus abgeschlossen haben. In kleineren Städten können Jugendliche von 10 bis 12 Jahren in Betrieben aufgenommen werden, wenn sie nachweisbar begonnen haben, die Volksschule zu besuchen und außer der Bedingung, daß wenigstens die Hälfte der normalen Arbeitszeit ohne irgendwelche Lohnabzüge für die Vollendung ihrer Klassen reserviert bleibt.

Beilage zum Proletarier

Nummer 21

Hannover, 29. Mai 1926

35. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Gefahren der Arbeit in der Kalkstickstoff-Industrie.

Die chemische Industrie hat zweifellos eine Kultursat vollbracht, als es ihr gelang, den Stickstoff für Düngemittel zu verwerten. Nur durch die reichlich zur Verfügung stehenden Stickstoffdungsalze und den Kalkstickstoff ist es der deutschen Landwirtschaft möglich, die notwendigen Ernteerträge dem Boden zu entlocken. Mit der Kulturarbeit der chemischen Industrie läuft aber eine Schädigung der Arbeiter parallel, der nicht die nötige Aufmerksamkeit zugewendet wird. In der Düngesalz-Industrie waren anfänglich Explosionen an der Tagesordnung, die vielen Arbeitern das Leben kosteten. Geklärt wurden diese Explosionen durch die ungeheure Katastrophe in der Badischen Anilin- und Soda-fabrik in Oppau im Jahre 1921, wobei rund 800 Menschen zu Tode kamen und 2000 verletzt wurden. Diese plötzlichen Ereignisse werden in der Öffentlichkeit bekannt; von den schlechenden Krankheiten von denen die Arbeiter in der Stickstoff-Industrie heimgesucht werden, erfährt man selten etwas. Im Interesse der Arbeiter soll deshalb in diesem Artikel die Aufmerksamkeit auf diese Erscheinungen gelenkt werden.

Vor einiger Zeit ging durch die Tagespresse die Meldung, daß im Ausland ein Landwirt beim Ausstreuen von Kalkstickstoff eine Kohlenoxydvergiftung erlitten habe. In den letzten Tagen ging uns die Nachricht zu, daß ein Gutsbesitzer beim Streuen von Kalkstickstoff auf einem Auge erblindet sei und auch eine Gefahr der Erblindung des anderen Auges vorliege. Über den letzten Fall war Näheres noch nicht zu erfahren, während die Kohlenoxydvergiftung nur irrtümlich angenommen wurde. In diesem Falle handelte es sich um eine Giftwirkung des Ipanamids, der im Kalkstickstoff reichlich vorhanden ist und im Blut ähnliche Veränderungen hervorruft wie Kohlenoxyd.

Die Arbeiter in Kalkstickstoffbetrieben leiden häufig an Kontaktallergien, die auf Aktionierung des Kalkstickstoffs zurückzuführen sind. Durch Einatmung des Kalkstickstoffstaubes erkranken bestimmte Arbeiter an Vergiftungsscheinungen, die sich durch Rötung der Kopfhaut und weiter Paroxysmen des Oberkörpers bemerkbar machen und Juckreiz auslösen. Bei vielen Arbeitern treten solche Vergiftungen scheinbar nicht auf. Sobald die Arbeiter aber Alkohol zu sich nehmen, gleichgültig ob Bier, Wein oder Branntwein, stellt sich die Rötung der Haut sehr schnell ein. Die Blutzufuhr nach dem Kopf bringt häufig auch eine Schwelling des Gesichts mit sich. Diese Gefahren sind seit langer Zeit bekannt. Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt und der Minister für Handel und Gewerbe haben schon im August 1921 eine Verordnung erlassen, wonach der bei der Herstellung des Kalkstickstoffs entstehende Staub an der Entstehungsstelle abzusaugen und unschädlich zu befehligen ist. Der Genuss von alkoholischen Getränken während der Arbeitszeit soll untersagt werden, und den Arbeitern sind ausgiebige Wasch- und Badegelegenheit zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen Apparate und Gefäße, in denen Kalkstickstoff entgaßt wird, sowie alle Apparate und Gefäße, in denen explosive Gasgemische entstehen könnten, während des Betriebes dauernd mit Stickstoff oder mit einem flammensichernden Gas gefüllt werden.

Diese Verordnung wird wahrscheinlich in allen Kalkstickstoffbetrieben beachtet, ausreichend ist sie jedoch nicht. Wir stellen in allen Kalkstickstoffbetrieben fest, daß die Kontaktallergie weit verbreitet sind und daß die Vergiftungen ebenfalls unvermindert austreten. Dem „Zentralblatt für Gewerbehygiene“, Jahrgang 1916, entnehmen wir, daß der Landesgewerbebeauftragte Dr. Koelsch in München diesen Dingen bereits seine Aufmerksamkeit gewidmet hat. Er führt fünf Fälle an, in denen Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter beim Ausstreuen von Kalkstickstoff Haftverletzungen erlitten haben, die zu erheblichem Verlust der Arbeitsefähigkeit führten und unfallentlastungspflichtig wurden.

Bei den Arbeitern in Stickstofffabriken ist die Beschmutzung durch Staub nicht zu vermeiden. Er bedeckt die Haut und durchdringt die Kleider. Die vom Schwitz feuchten Körperfstellen und Schleimhäute sind der Schädigung durch Kalkstickstoffstaub am meisten ausgesetzt. Es bilden sich Geschwürchen an den Händen, Ellenhögen, in der Achselföhle und an den Übergangsstellen der Haut in die Schleimhaut wie den Nasenlöchern und Mundwinkeln. Die ursprünglich einzelnen schartendigen Geschwürchen gehen später in schwere, nässende Flächenauschläge über. An den Schleimhäuten finden sich neben Geschwürchen Entzündungsscheinungen, chronische Bindehauskatarrhe und hämatogene Nasen- und Rachenkatarrhe. Bei älteren Arbeitern wurden langwierige Bronchialkatarrhe mit Druckgefühl auf die Brust beobachtet. Diese von Dr. Koelsch festgestellten Tatsachen sind heute noch ganz allgemein.

Die Giftwirkung führt Dr. Koelsch auf Ipanamid zurück. Er hat Tierversuche angestellt und damit den Nachweis erbracht, daß schon verhältnismäßig kleine Mengen tödlich wirken können. Bei besonders dafür disponierten Personen tritt die Schwelling des Kopfes und Rötung der Haut durch die Aufnahme von Kalkstickstoffstaub allein auf, während der Regel nach die Merkmale der Vergiftung fehlen, bis der betreffende Arbeiter Alkohol zu sich nimmt. Es war nahelegend, die Vergiftung dadurch zu erklären, daß im menschlichen Körper aus dem Ipanamid Blausäure abgespalten wird, die die Vergiftung hervorruft. Nächere Versuche haben aber ergeben, daß Ipanamid eine eigene Vergiftung hervorruft; zu einer Blausäurevergiftung kommt es nicht. Die Vergiftungsscheinungen sind kurze Zeit nach dem Alkoholgenuss allgemeines Unbehagen mit Übelkeit und Müdigkeit, Unzufriedenheit zum Kopf, Übelkeit und Brustbeklemmung. Ohne Alkoholaufnahme konnte Dr. Koelsch keinerlei Störungen nachweisen. Nach Alkoholkonsum trat

jedoch Blutandrang nach der oberen Körperhälfte auf. In den meisten Fällen sind Gesicht und Hals, meist auch die Schulterregion, bläulichrot gefärbt, etwa wie bei einem hochgradig Erhöhten. Um Knie und an den Armen wird die Verbrennung mehr hellrot. Die Augenbindehaut ist lebhaft gefärbt, die Tränensekretion erscheint vermehrt, die Schleimhaut der Mundrachenöhle, besonders des weichen Gaumens, ist lebhaft gerötet. Die Hände fühlen sich häufig kalt an. Gelegentlich ist ein leichtes Zittern des ganzen Körpers zu beobachten. Die Atmung ist meist beschleunigt. Ab und zu erfolgt leichtes Husten. Die Herzfrequenz ist erhöht, der Puls beschleunigt.

Die Dauer der Anfälle ist verschieden und fast stets von der aufgenommenen Alkoholmenge abhängig; meist beträgt sie 1–2 Stunden. Tritt im Anfalle Erbrechen oder Durchfall auf, so erfolgt fast momentan eine Besserung, welche auch äußerlich durch Nachlassen der Rötung bemerkbar wird.

Bemerkenswert ist, daß Alkoholaufnahme und selbst Alkoholmissbrauch einige Zeit vor der Staunewirkung keine nachteiligen Folgen haben. An Montagen treten Vergiftungsscheinungen nicht ein, auch wenn die Arbeiter Sonntags zuvor Alkohol zu sich genommen haben. Wenn die Arbeit im Kalkstickstoffstaub einige Tage unterbrochen wird, lassen sich nach Ablauf Schädigungen nicht mehr nachweisen, auch Alkoholgenuss bleibt unwirksam. Daraus wird der Schluss gezogen, daß Danerschäden nicht eintreten.

Neuere Untersuchungen über Kalkstickstoffvergiftungen sind uns nicht bekannt geworden. Nach den Klagen der Arbeiter und unserer persönlichen Erfahrungssichtnahme muß aber ausgesprochen werden, daß die vom Kalkstickstoffstaub belästigten Arbeiter sich in einer üblichen Lage befinden. Techniker und Mediziner müssen gemeinschaftlich an die Arbeit gehen, um die Krankheitsursachen aufzuschaffen.

Dass die Arbeitgeber auch in diesem Falle die Gefahren bestreiten, soll nur der Vollständigkeit halber angefügt werden. In einigen Fabriken bemühen sich die Arbeiter, für diese gesundheitsschädliche Arbeit eine nach den Bestimmungen des Chemievertrages angemessene Zulage zu erhalten. Die Arbeitgeber lehnen das ab, weil sie die Gefahren nicht anerkennen, so daß der Streit um fairlich vorgeschriebene Bezüge für solche gesundheitsschädlichen Betriebe chronisch geworden ist.

O. Haupt.

Das Ergebnis der Kalkkonzentration.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß sich die Kalkindustrie mehr spekulativ als betriebsökonomisch entwickelt hat. Die Folge davon war, daß die einzelnen Werke an Unterproduktion kranken, die technischen Einrichtungen der Werke nicht ausgenutzt werden konnten und die Arbeiter in immer stärkerem Maße Feierschichten verfahren mussten. Die Industrie im allgemeinen hatte dagegen an Überproduktion zu leiden. Mit dem Verlust von Eislaufhallen und der Durchdringung des deutschen Kaliimperiums war man gezwungen, eine Nationalisierung vorzunehmen. Es bildeten sich Konzerne und Großkonzerne; die unrentablen Werke wurden stillgelegt und die Produktion auf die Werke mit den besten bergbaulichen Salzablagerungen und gut ausgebauten Fabrik-Anlagen konzentriert. In technischer Beziehung ist nichts unversucht gelassen, die Werke leistungs- und konkurrenzfähig zu gestalten. Hinzu gesellte sich die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung, mit deren Hilfe nicht nur die Maschinen und Apparate, sondern hauptsächlich die menschliche Arbeitskraft bis zur Grenze der Höchstleistung ausgenutzt wurde.

Das Ergebnis der Konzentration drückt sich zum Teil in folgenden Zahlen aus. Von den 224 bestehenden Kalifabriken sind insgesamt 118 Werke, also mehr als die Hälfte, mit einer Belegschaftsziffer von 438,993 Tausendstel bis zum Jahre 1933 stillgelegt. Außerdem wollen sämtliche Kalifabrikfabriken den Kalibetrieb einstellen und ihre Werke ebenso bis zum Jahre 1933 übertragen. Die Gesamtbelegschaft der bis zum Jahre 1933 stillgelegten Werke erhöht sich damit auf 453,1552 Tausendstel. Von den übrigen 106 Werken werden 34 in betriebsfähigem Zustand in Reserve gehalten, so daß für die Förderung und Verarbeitung nur noch 72 Werke in Betracht kommen. Diese trockenen Zahlen sind, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, von ganz besonderer Bedeutung. Hören wir, was eine Konzernleitung dazu sagt:

Nach dem Geschäftsbericht des „Wintershall-Konzerns“ sind die betriebstechnischen Vorteile nach der Nationalisierung folgender: Der Durchschnittsgehalt der Gesamtförderung befreite sich von 10,5 Prozent Reinkalk im Jahre 1910/20 auf 13,5 bis 14 Prozent befreite. Der Effekt pro Mann und Schicht berechnet auf die Gesamtzeitzung und die Gesamtarbeiterzahl von früher 1 Doppelzentner Reinkalk auf 2,5 Doppelzentner heute. In Gewinnziffern erreichte früher ein mittleres Konzernnetto 750 bis 800 000 Mk. Heute beträgt der Erzeugungswert eines mittleren Werkvermögens 7 bis 8 Millionen Mk. Bei den Konzernwerken des Kaliimperiums dürften die Verhältnisse ähnlich liegen. Durch die Nationalisierung in Verbindung mit den geschaffenen Großanlagen ist die Kalkindustrie in der Lage, heute schätzungsweise etwa das Dreifache des jetzigen Absatzes zu produzieren.

Damit freien aber gleichzeitig die Schaffenskünste der Kalkraffinerie recht großlich in Erscheinung. Wirtschaftlich kann ein Betrieb nur arbeiten, wenn die technischen Anlagen voll ausgenutzt werden. Das ist aber unter den heutigen Verhältnissen selbst bei den meiststen größten Werkvermögen nicht der Fall. Als Beweise dafür führen wir die eingeladenen Expertenräte und vorübergehende Werkstillstellungen an. Auf die Fragen sind folgende Antworten weder für die Industrie, noch für die Arbeiter zuweisen. Deshalb wird man sich über kurz oder lang mit der Erfahrung dieses Problems beschäftigen müssen. Nach Vorgrach Nr. 522 ist die Kaliprüfungsstelle vom 1. Januar 1926 an fortwährend Untersuchungen darüber aufzunehmen, ob und welche weiteren Kalifabriken wegen nachgewiesener dauernder Wirtschaftlichkeit mengenmäßig stillzulegen sind. Durch Beschluss der Kaliprüfungsstelle soll jedoch für die Dauer von zwei Jahren von einer zwangsweise Stilllegung abschonen werden. Seinen endgültigen Maßnahmen trifft, will man erst die Wirkung der Nationalisierung und die weitere Entwicklung des Absatzes abwarten. Wenn sich der Absatz bis dahin nicht ganz wesentlich hebt, wird wahrscheinlich mit einer weiteren Stilllegung von Werken auf dem Wege des Prozesses zu rechnen sein. Wir wollen damit nicht etwa eine weitere Stilllegung angeben, es kann aber auch nicht unsere Absicht sein, doch wir rätseln der Kalkraffinerie weiterzugeben. Wir halten die Vermögensaufstellung der Prokura für sehr vorsichtig. Es wird eher gerecht in der Kalkindustrie auf das renommierte zu prahlen sein, da bei den kalifabrikellen Gütern ist ein Orden, welcher die Arbeitsschafft auch der volkswirtschaftlichen Zweck bei einer weiteren Kalkraffinerie tatsächlich erreicht wird.

Früher hätte diese Frage weder vom volkswirtschaftlichen Standpunkt noch vom Standpunkt der Industrie gekrönt werden können. Den Arbeitern und Gemeinden der stillgelegten Werke hat

die Nationalisierung nur Nachteile gebracht. Seit dem 1. Januar 1924, also nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit, sind rund 13 000 Kalarbeiter entlassen worden. Wir führen deswegen das Jahr 1924 an, weil die Nationalisierung hauptsächlich erst in den letzten beiden Jahren in stärkerem Maße durchgeführt wurde und auch die Arbeitszeit die gleiche ist. Damals beschäftigte die Kalkindustrie insgesamt 38 979 Arbeiter, dagegen am 1. April 1926 nur noch 25 203 Arbeiter. Vergleichszahlen der Vorkriegszeit anzuführen, halten wir für abwegig, weil im Jahre 1913 erst 138 Schadzanlagen fertig waren, wobei mehrere tausend Arbeiter beim Abbau von Schichten tätig gewesen sind. Die Zahl noch in der Industrie beschäftigten Arbeiter können auch nach der Nationalisierung nicht voll beschäftigt werden. Feierschichten und vorübergehende Werkstillstellungen sind hauptsächlich im Spätfrühjahr und in den Sommermonaten keine seltenen Erscheinung. Da die Kalkindustrie in den meisten Fällen in ländlichen Gegenden konzentriert ist, bietet sich den Arbeitern wenig oder gar keine andere Arbeitsgelegenheit, so daß diese der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. So sind die Verhältnisse seit der ganzen Nachkriegszeit und haben sich für die Arbeiter verschärft in demselben Umfang, wie die Nationalisierung durchgeführt wurde. Die Opfer, welche die Kalarbeiter hierbei gebracht haben, sind außerst groß. Berechnet man ferner jedes der 118 stillgelegten Werke mit einem Anlagekapital von 5 Millionen Mark, so ersieht man erst, welche ungemeinen Summen dadurch der deutschen Volkswirtschaft verloren gegangen sind, ganz abgesehen von den empfindlichen Schäden der Gemeinden der stillgelegten Werke, die ziemlich großartig gar nicht ausdrücken lassen. Die Nationalisierung der Kalkindustrie ist demnach der deutschen Volkswirtschaft teuer zu stehen gekommen.

Wer ist nun Nutzniher dieser Nationalisierung? Zu dieser Frage gibt uns der obengenannte Auszug aus dem Geschäftsbericht des Wintershall-Konzerns einen kleinen Fingerzeig. Darauf ist die Durchschnittsleistung im Wintershall-Konzern je Mann und Schicht von früher 1 Doppelzentner Reinkalk auf 2,5 Doppelzentner = 150 Prozent gestiegen. Die Geldeinnahmen der Werke haben sich gegenüber früher verzehnfacht. Die Zahl der Arbeiter hat sich dagegen von 20 000 auf 9 000 verringert, während die Verkaufspreise für Kalifalze die gleichen geblieben sind. Ein derartiges Ergebnis, noch dazu in einer Zeit wirtschaftlicher Depression, darf keine andere Industrie aufzuweisen haben. Die Vorteile der Nationalisierung kommen also lediglich den Konsumenten und Aktionären in Form von hohen Dividenden zugute.

Als Generaldirektor Rosberg von der Kalkindustrie A.-G. mit seinem Nationalisierungsplan hervortrat und in Verbindung damit eine Verbilligung der Selbstkosten unter gleichzeitiger Senkung der Verkaufspreise propagierte, wagten wir das letztere stark zu bezweifeln, weil der Wintershall-Konzern keine Garantien dafür geben konnte. Eine Verbilligung der Selbstkosten in ganz wesentlichem Umfang ist sehr erreichbar. Vor einer Senkung der Verkaufspreise hört man aber sonderbarweise nichts mehr. Aber gerade die Höhe der Verkaufspreise steht dem Mehrverbrauch von Kalifalzen in der Landwirtschaft entgegen. Man kann deshalb auf Grund des Beschlusses des Kaliprüfungsstellen, wonach von Zwangstilllegungen vorläufig abgesehen werden soll, im Kalksyndikat nicht die Hände in den Schoß legen und warten, wie sich die Verhältnisse in Zukunft entwickeln. Es darf vielmehr in dieser Zeit nichts unverübt ge lassen werden, den Absatz zu steigern. Im volkswirtschaftlichen Interesse muß deshalb eine Senkung der Kalipreise gefordert werden. Dieses dürfte nach der durchgeführten Nationalisierung ja eher möglich sein, weil tatsächlich eine ganz wesentliche Verbilligung der Selbstkosten herbeigeführt ist. Nur durch eine Preispolitik, die es auch dem kleinsten Landwirt gestattet, genügende Mengen Kalifalze zu verbrauchen, kann eine intensive Steigerung des Absatzes herbeigeführt werden. Daran ist nicht nur die Industrie interessiert, sondern dieses liegt auch im Interesse der Kalarbeiter. Wenn außerdem Maßnahmen getroffen werden, daß von der Nationalisierung nicht nur eine Handvoll Kapitalisten profitieren, sondern diese der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen, dann dürfen die Opfer nicht umsonst gebracht sein und die sozialen Schäden wieder ausgeglichen werden können.

An den Kalarbeitern liegt es jetzt, durch den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisationen die Gewalt dafür zu schaffen, daß sie an den zu erwartenden Vorteilen der Nationalisierung teilnehmen können. wh.

Mieder zwei Menschenopfer.

Der Tagespresse entnehmen wir, daß am 12. Mai in der chemischen Fabrik Messer & Co. in Frankfurt a. Main zwei Arbeiter mit dem Ausprobieren eines Zweiwellenapparates beschäftigt waren. Sie hatten den Apparat gerade unter Wasser gesetzt, als die Gasseite zur Entzündung gelangten und der Apparat explodierte. Die beiden Arbeiter waren sofort tot. Ein in der Nähe stehender Lebender kam mit leichten Verletzungen davon.

Todesopfer auch in Österreich.

Die letzte Nummer der „Verbandszeitung“, Organ unseres österreichischen Bruderverbandes, entnehmen wir, daß bei einer schweren Explosionskatastrophe in der Pulverfabrik Stockerau zwei Arbeiter zu Tode gekommen sind. Im Läuferkessel der Pulverfabrik kam aus nicht aufgeklärten Ursachen Pulver zur Explosion, wobei die beiden Arbeiter tödlich verletzt wurden. Die Leichen wurden zum Teile verkohlt und verbrümt 40 Meter weit von der Unglücksstelle gefunden.

In derselben Nummer wird berichtet, daß in der Knallhartzfabrik Pollok in Floridsdorf in einem Laboratorium der Fabrik ein Brand ausbrach, der sich schnell verbreite und beide Laboratorien der Fabrik zerstörte. Als Ursache des Brandes kommt Explosions einer Dampfillerblase in Betracht.

Todesopfer auch in der Tschecho-Slowakei.

Beim Schreiben obiger Zeilen kommt von Prag die Nachricht, daß in dem chemischen Laboratorium der Českoslowakischen Werke in Groß-Brocko durch eine schwere Explosion drei Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt wurden. Einer der Getöteten hinterließ zwei Kinder. Das Laboratorium ist vollständig zerstört. Und trotzdem behaupten die Unternehmer, daß die chemische Industrie für die Arbeitersicherheit ungeschäftlich ist.

G. Haupf.

Dr. Rudolf Frank †.

Am 11. Mai 1926 ist infolge eines Unfalls der geschäftsführende Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Dr. phil. und Dr.-Ing. e. h. Rudolf Frank, plötzlich gestorben. Dr. Frank war gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Deutschlands und stand auch sonst stark im Vordergrunde des öffentlichen Lebens. Wer mit Dr. Frank zu tun hatte, der kann ihm das Jenseits nicht versagen, daß er vom Durchschnittsunternehmer- und -unternehmervertrittungsrecht sehr stark abwich. Frank liebt es nicht, den kleinen Mann zu spielen. Er war redlich, wirklich objektiv zu sein, und man kann sagen, es ist ihm schwer gelungen. Das muss seinen Grund darin haben, daß er tatsächlich etwas verstand, denn er ist aus der Praxis herangegangen und solche Leute sind in der Regel besser als die reinen Wissenschaftler. Nicht durch Schrecklichkeit oder gar durch mörderische Schrecklichkeit verschreckt er einfach zu machen; er konfrontiert durch seine Sachlichkeit, sein Willen und durch sein einfaches, klares Denken. Er war einer der ersten, die gegenwärtig es sei, weil man aus fremden Weisen den Menschen erzieht. Es sind auch die Kämpfer in der Leg. Herrn Dr. Frank ein ehrendes Gedanken zu bewahren.

